

# Die Befürworter kommen ins Grübeln

## Nach Japan: Die notwendige Energiewende könnte kommen, aber Druck ist nötig

Ist es nur dem Wahlkampf geschuldet oder hat tatsächlich bei vielen eher Konservativen ein Umdenken in der Atomkraft-Problematik eingesetzt? Die Ereignisse in Japan haben zumindest auch in der Bundesrepublik eine Lawine ausgelöst, die sich in den kommenden Monaten durch das Land bewegen wird.

Denn für drei Monate – so hat es die Kanzlerin „verfügt“ ohne das Parlament zu fragen – soll die von CDU/CSU/FDP erst vor wenigen Monaten beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKWs) außer Kraft gesetzt werden. Allein schon diese kurze Zeitspanne sagt etwas über die Motive der Regierung aus. Denn selbst der niedersächsische FDP-Umweltminister Hans-Heinrich Sander ist der Meinung, dass eine tatsächliche Überprüfung aller AKWs mindestens eine Zeitspanne von ein bis anderthalb Jahren erfordere. Der europaweite „Stresstest“ der AKWs würde noch mehr Zeit benötigen, ganz zu schweigen von der Dauer einer notwendigen gesellschaftlichen Diskussion über die Frage, wie die Energieversorgung Deutschlands und vielleicht auch Europas in Zukunft aussehen soll. Diese Debatte soll nun kommen. Fast schon schämt sich die Regierung für ihr altes Energiekonzept, das die Laufzeitverlängerung der AKWs erst ermöglichte und das Merkel damals noch als „Revolution“ bezeichnete. Jetzt will sie davon am liebsten nichts mehr wissen. Die großen Stromkonzerne bestimmten bis ohnehin dato die Richtung der Energiepolitik, in dem sie den Regierungen ihre Wünsche diktierten und mit Versorgungsnotstand sowie Arbeitsplatzverlust drohten. Jetzt aber besteht eine Chance, dass sich das ändert und die Politik wieder eigene Entscheidungen trifft!



Das AKW Brokdorf. Die Warnbojen werden eine Naturkatastrophe nicht abschrecken. Foto: jt

### Betroffenheit

Denn die Menschen sind erschüttert über die Bilder aus dem japanischen Fukushima. In diesem hochtechnisierten Land, das wir früher mit Robotern und High-Tech in Verbindung brachten, müssen mit menschlichen Kamikaze-Einsätzen brennende Reaktoren im Zaum gehalten werden. Die Bevölkerung Japans und die benachbarten Länder müssen Angst vor jedem Atemzug, vor jeder Regenwolke und vor radioaktiv verstrahlter Nahrung haben. Das „Land der aufgehenden Sonne“ war schon durch die Atombombenabwürfe 1945 gebrandmarkt und könnte nun erneut als mahnendes Symbol für einen sowohl militärischen als auch zivilen Anti-Atom-Kurs werden.

Und der ist dringend notwendig! Denn während man vielleicht den Betrieb von AKWs noch irgendwie – aber auf Kosten von Mensch und Natur – unter regionaler Kontrolle halten kann, so wird spätestens die ungelöste Endlagerungsfrage zum unkalulierbaren Risiko. Am Endlager in der niedersächsischen Asse kann derzeit beobachtet werden, wie das frühere „OK“ der Fachleute und Politiker/innen bereits nach wenigen Jahrzehnten hinfällig geworden ist: Die Asse säuft ab, Grundwasser bringt die Atomfässer zum Rosten und die Hallen sind einsturzgefährdet. Jetzt muss das Lager geräumt und die Fässer, die eigentlich für immer im Salz eingeschlossen bleiben sollten, für Milliarden an Steuergeldern geborgen werden. Das droht auch in Gorleben, wo seit jeher wissenschaftliche Kriterien für ein Endlager ignoriert und aus rein politischen Gründen die Forschungsarbeiten am Salzstock vorangetrieben werden.

Die „endgültige Endlagerung“ müsste aber nicht ein paar Jahrzehnte, sondern Tausende von Jahren standhalten. Sie müsste Naturkatastrophen, Klimawandel, Kriegen, Terroranschlägen und Revolutionen trotzen. Wer heute meint das alles für die kommenden Jahrtausende berechnen und voraussehen zu können, macht sich lächerlich und demaskiert sich als nicht verantwortungsvolle/r Politiker/in.

### Akute Gefahren

Schon die atomare Gegenwart ist problematisch genug: Je näher ein Kind an einem Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist das Risiko, dass es an Krebs erkrankt. Und das im Normalbetrieb eines AKWs! Mehr oder minder schwere Störanfälle gab es in Deutschland auch immer wieder. Das es dabei nicht zu einer Kernschmelze kam, ist dem Glück statt einer überlegenen Technik zu verdanken. Die Katastrophenszenarien sind eben-

falls nicht unrealistisch: Überflutungen sind ebenso denkbar wie Erdbeben oder versehentliche oder gar geplante Flugzeugabstürze. Stromausfälle, die auch in Japan zu einem Aussetzen der Notfallsysteme führten, hatten wir ebenfalls – und das sogar im europäischen Ausmaß! Menschliches Versagen wie in Harrisburg oder Tschernobyl wird auch zukünftig nicht auszuschließen sein. Kommt alles zusammen oder tritt eine andere ungünstige Verkettung ein, können auch deutsche AKWs havarieren. Wer weitere Gründe gegen Atomkraft sucht, findet auf der Internetseite [www.100-gute-gruende.de](http://www.100-gute-gruende.de) ausreichend Argumente.

### Versorgungssicherheit

Merkels angebliche „Revolution“ in der Energiepolitik muss also erst noch eingeleitet werden: Ohne Atomkraft und auf erneuerbare Quellen setzend. Aber ist eine ausreichende Versorgung unseres Energiebedarfs mit Alternativen zur Atomkraft überhaupt möglich? Diese Frage lässt sich so eigentlich gar nicht beantworten, denn es fehlt die Vergleichbarkeit. Wir wissen ja, dass sich die Atomkraft eigentlich nicht rechnet – selbst wenn das Risiko eines Unfalls mit den Kosten, beispielsweise für Menschenleben oder für das Abtragen kontaminierter Erde in über Jahrzehnte hinweg verseuchten Gebieten, noch gar nicht mit „eingepreist“ werden. Wenn die Stromkonzerne die tatsächlichen und erst recht die anzunehmenden Kosten selbst bezahlen müssten statt durch Steuergelder zu begleichen, wür-



Der strahlende Atommüll wird durch das Land transportiert und hat immer noch kein Endlager gefunden. Foto: jt

den sie sofort und freiwillig abschalten. Unser derzeitiger AKW-Strom ist also nicht billiger als Erneuerbare, sondern aufgrund der staatlichen Subventionen, der ungeklärten Endlagerungskosten und erst recht wegen der unkalkulierbaren Risiken völlig unberechenbar und damit nicht vergleichbar.

Hätte man entsprechend den Ausgaben für Atomkraft das gleiche Geld in die Entwicklung von Alternativen und vor allem in die Speicherungstechniken von regenerativen Energien investiert, dann erst könnte ein Vergleich zumindest zwischen den direkten Kosten der Energieformen angestellt werden. Spätestens bei der Frage, ob es schlimmer ist, wenn ein AKW oder wenn ein Windrad zerstört wird, würde sich die nachhaltige Energie als die Überlegenere erweisen.

Außerdem hängt die Frage, wie viel Energie wir brauchen, eng zusammen mit dem Ziel des Wirtschaftens überhaupt. Derzeit produziert Deutschland mehr Strom als es benötigt und verkauft den Überfluss ins Ausland. Über Energieeinsparung ließe sich der nationale Bedarf weiter reduzieren. Doch unsere hauptsächlich auf den krisenanfälligen Weltmarkt orientierte Exportwirtschaft hat einen enormen Energiehunger. Wer Waffen, Atomkraftwerke oder Luxuslimousinen produzieren und in die Welt verkaufen will, bindet natürlich mehr Ressourcen, als wenn im eigenen Land die Arbeitskräfte für Erziehung, Pflege oder für die Produktion der „Dinge des täglichen Bedarfs“ vernünftig beziehungsweise überhaupt bezahlt würden. Statt in den Weltmarkt zu investieren, sollten besser die Städte und Gemeinden finanziell besser ausgestattet werden, damit dort verstärkt Warenaustausch stattfinden und Dienstleistungen angeboten werden können. Die Wirtschaft dürfte doch eigentlich nur so viel wachsen und exportieren, wie das Land umweltverträgliche Ressourcen, wie eben Energie, selbst und ohne atomare Risiken zur Verfügung stellen kann. Derzeit aber produziert Deutschland weit über seine natürlichen Möglichkeiten und Grenzen hinaus und hat allein schon aus diesem Grund einen

erhöhten Energieverbrauch.

#### Alternativen

Die Energiegewinnung der Zukunft, die nach Japan hoffentlich neu diskutiert wird, hat eine kommunale und eine europäische Perspektive. Statt großer schwerfälliger Atomkraftwerke werden kleinere, dezentrale und regenerative Anlagen benötigt, die bei Störungen nicht gleich ein ganzes Land zum Stillstand bringen. Wenn dann noch europaweit und unter demokratischer Kontrolle ein Verbundsystem aus südlicher Solarkraft und nördlicher Wind- und Wasserkraft sowie anderer Energiequellen aufgebaut würde, könnte der Kontinent bei Bedarf seine wirtschaftliche Situation auf regenerativer Energiebasis weiter ausbauen.

Doch wird die gegenwärtige aufgeklärte Stimmung gegen die Atomkraft anhalten und zu Veränderungen führen? Die anliegenden Landtagswahlen standen sicher bei der Entscheidung für das dreimonatige Moratorium im Vordergrund. Auch die Enthaltung gegen den Libyen-Einsatz hat wohl eher etwas mit Meinungsumfragen zu tun. Denn dass eine deutsche Regierung die NATO- und EU-Verbündeten alleine stehen lässt und lieber mit Russland und China stimmt, wäre in wahlkampffreien Zeiten eher undenkbar.

Es sieht also schlecht aus mit Lehren aus Fukushima. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, den Protest gegen die verlängerte Nutzung der Atomkraft dauerhaft zu verankern. Besonders die bisherigen Befürworter kommen nach den Vorfällen in Japan vielleicht ins Grübeln und sollten ihren Meinungswandel den Abgeordneten mitteilen. Vielleicht lässt sich nun ja wirklich ein gesellschaftliches Umdenken einleiten, das neben der Atomkraft auch andere Risikotechnologien, wie beispielsweise die Gentechnik, auf den Prüfstand stellen müsste. jt

# zu 100% Ökostrom tauglich!!!

## Energiesparende Klimaanlagen und Wärmepumpen von MITSUBISHI der Energieeffizienzklasse A (COP/EER über 5)

 **MITSUBISHI  
ELECTRIC**  
*Changes for the Better*  
Air Conditioning

**E R J A W E T Z**  
„Haus Gutenberg“ Rablringhauser Landstraße 19 • 28197 Bremen  
Tel.: 04 21 / 54 51 91 • Fax: 04 21 / 54 42 48